

Gleichlange Spiesse als Grundvoraussetzung eines fairen Wettbewerbs

Andreas Schneider, Präsident Wirtschaftskammer Baselland; 6. Juni 2017

Sehr geehrter Herr Professor Krauskopf
Geschätzte Anwesende

Als Präsident der Wirtschaftskammer Baselland und Mitglied der Gewerbekammer des Schweizerischen Gewerbeverbands schlägt mein Herz für die Wirtschaft. Es schlägt vor allem für die KMU-Wirtschaft. Und es schlägt für eine möglichst freie Wirtschaft, in der sich Unternehmen im Wettbewerb behaupten müssen – so wie wir das mit unserem Familienunternehmen schon seit mehr als 80 Jahren tun.

Für uns Unternehmerinnen und Unternehmer ist klar: Nur in einem möglichst freien Wettbewerb werden die besten Produkte und Dienstleistungen zum besten Preis-Leistungs-Verhältnis und mit der höchsten Innovationsrate geschaffen. Für uns ist aber auch klar: Gleichlange Spiesse für alle sind die Grundvoraussetzung für einen fairen und ebendiesen freien Wettbewerb.

Das ist einer der Gründe dafür, dass die Wirtschaftskammer Baselland die Studie in Auftrag gab. Die Studie, die Ihnen Professor Krauskopf soeben vorgestellt hat, ist also nicht aus heiterem Himmel entstanden. Wir gaben sie in Auftrag, weil wir verschiedene Punkte sicherstellen wollen. Auslöser für den Auftrag waren verschiedene Unternehmen, die sich mit ihren Fragen an uns wandten. Unsere Wirtschaftskammer Baselland mit ihren mehr als 10'000 Mitgliedern führt ja eine eigene Ombudsstelle. Unsere Spezialistinnen und Spezialisten stehen mit ihrem Netzwerk für verschiedene KMU-relevante und wirtschaftspolitische Fragen zur Verfügung.

Verschiedene Unternehmen gelangten also mit der Frage an uns, welche Haltung wir zum Thema Ausbau der Rheinhäfen hätten. Und sie wollten wissen, wie wir als Wirtschaftsdachverband zum Grossterminal mit Hafenbecken im Landesinneren stünden. Denn in der Region Basel scheinen die Meinungen zum Projekt gemacht. Dieses gilt als wegweisend, als grosser Wurf – jedenfalls, wenn man die Medienberichte verfolgt. Über das Hafenprojekt in der Region wurde viel geredet. Es wurde auch viel geschrieben. Doch es wurde auch ziemlich einseitig formuliert und von fast niemandem hinterfragt.

Kaum jemand beleuchtete die grosstrabenden Ideen der Rheinhäfen kritisch. Im Gegenteil. Gerade auf der politischen Ebene wurde für dieses Grossprojekt massiv die Werbetrommel gerührt. Parlamentarier aus den beiden Basel halfen mit, in Bundesbern den entsprechenden Weg zu bahnen. Die Handelskammer beider Basel steht dem Projekt ebenfalls extrem unkritisch gegenüber. Das gleiche gilt für die beiden zuständigen Regierungsräte in Baselland und Basel-Stadt. Gewiss: Es wurden einige wenige Fragen im Baseler Parlament gestellt. Es tauchten Fragen zum Verkehrsaufkommen und zur Wirtschaftlichkeit dieses Grossprojekts auf. Auch die Beteiligung von 51% der SBB Cargo wurde vor rund anderthalb Jahren angesprochen und hinterfragt.

Nun, nachdem die Resultate der Studie vorliegen und diese vorgestellt wurde, sehen wir das Resultat: Die Bedenken von Wirtschaftsvertretern und Teilen der Baselbieter Bürgerlichen sind nicht unbegründet. Das Ganze scheint tatsächlich nicht unproblematisch zu sein. Die Empfehlungen der Kartell- und Wettbewerbsrechts-Experten der ZHAW jedenfalls sind klar: Die Wettbewerbskommission sollte sich einschalten.

Im Weiteren sind wir uns alle einig, dass weitere Subventionen in unserem Land sicher zu Recht hinterfragt werden müssen. Denn im Jahr 2016 wurden dafür vom Bund rund 38 Milliarden Franken ausgeschüttet. Dies entspricht 59 Prozent des Gesamtbudgets. Die Subventionen stiegen seit dem Jahr 2008 um rund 28 Prozent – das entspricht rund neun Milliarden Franken – an. Als kleines, unschönes Beispiel weise ich darauf hin, dass unser Land fast 100 Millionen Franken ausschüttet, um den Export unserer Schokolade zu subventionieren!

Die Wirtschaftskammer Baselland zählt zu ihren Aufgaben, dafür einzustehen, dass in unserem Land keine Wettbewerbsverzerrungen entstehen. So bekämpfen wir zum Beispiel vehement und seit vielen Jahren die Schwarzarbeit auf den Baustellen und beobachten die Regiebetriebe in den staatlichen oder halbstaatlichen Institutionen, welche teilweise unsere Privatunternehmen konkurrieren, genau.

Wenn wir heute schon zu Gast im Kanton Bern sind, so darf ich sicher auf den Aufruf und die Kampagne des kantonalen Gewerbeverbandes Berner KMU aufmerksam machen. Sie steht durchaus in einem Zusammenhang mit dem heute besprochenen Thema. Die vor wenigen Tagen gestartete Aktion «Fair ist anders» zeigt nämlich auf, wie schwer es unsere privaten Unternehmen gegen staatliche Institutionen haben, welche sich mit ihrer monopolistischen Stellung mehr und mehr in den freien Wettbewerb einmischen. Dazu zählen beispielsweise Betriebe im IT-Bereich, in der Energieversorgung, im Versicherungswesen, im Bauingenieurwesen, in der Gärtnerei- und ganz allgemein in den Handwerksbranchen. Diese Entwicklung hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen und bereitet uns als Vertreter der freien Marktwirtschaft enorm grosse Sorgen.

Zurück ins Baselbiet: Natürlich – und für uns wichtig – soll auf der Verkehrsdrehscheibe Basel auch nachhaltiges Wachstum sichergestellt werden. Denn Logistik ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in unserer Region – auch für unsere KMU. Mein Referatstitel «**Gleichlange Spiesse als Grundvoraussetzung eines fairen Wettbewerbs**» sagt dazu eigentlich alles aus. Dies ist der Grund dafür, dass wir diese Studie in Auftrag gaben. Die Wirtschaftskammer Baselland unterstützt die entsprechenden Forderungen, um wirklich den fairen Wettbewerb in unserem Land und in unserer Region zu bewahren.

Kontakte

Andreas Schneider
Präsident
Wirtschaftskammer Baselland
Telefon 061 826 90 90

Daniel Schindler
Kommunikationsbeauftragter
Wirtschaftskammer Baselland
Telefon 061 927 65 62; 079 688 30 46